

# PRESSEMELDUNG

## Geplante Deponie Steinbruch Mainz-Laubenheim: Keine Antworten auf wichtige Fragen

Die Bürgerinitiative Mainz21 Nein zur Mülldeponie in Mainz e.V. (BI) fordert von den Entsorgungsbetrieben Mainz Antworten bzw. klare Stellungnahmen auf die wichtigen Fragen bezüglich der Überprüfung der Abfallschlüssel, des Abstandes zur Wohnbebauung und den Mengenangaben bei gefährlichen Abfällen.

„Wir haben bis zum heutigen Tage keine Aussage der Entsorgungsbetriebe Mainz über das Ergebnis der Überprüfung der Abfallschlüssel erhalten, wie der aktuelle Stand ist.“ sagt Antonio Sommese, BI-Sprecher. „Hier wird sich nicht an Stadtratsbeschlüsse gehalten, da definitiv gefährliche Filterstäube beantragt wurden.“ so Sommese weiter. „Wie soll hier denn eine Vertrauensbasis geschaffen werden, wenn uns hier so dreist ins Gesicht gelogen wird und es dann so hingestellt wird, dass wir Unwahrheiten verbreiten. Wir halten uns an die Fakten aus dem Erörterungstermin und an die Antragsunterlagen. Herr Feldmann von den Entsorgungsbetrieben hat im Erörterungstermin darauf gepocht, die Filterstäube im Antrag zu lassen.“ ärgert sich Antonio Sommese.

„Ebenso wird eine klare Aussage zu dem geplanten Wohngebiet Hechtsheimer Höhe „HE130“ vermieden.“ sagt Dr. Gitta Weber, BI-Mitglied. „Hier besteht eine Diskrepanz zu dem Stadtratsbeschluss aus 2015, der sagt, dass es hier zur Deponien der Klasse II einen Mindestabstand von 360 m geben muss. Hier gibt es eindeutig keine Einschränkung auf die bereits bestehende Wohnbebauung. Wenn der Abstand von 240 m angeblich ausreichend ist, warum gibt es dann nicht auch einen neuen Stadtratsbeschluss dazu?“ fragt sich Dr. Gitta Weber. „Die Verwaltung verstößt hier gegen einen bestehenden Beschluss und der Stadtrat nimmt es einfach hin. Wie soll man noch darauf vertrauen, dass auch der Betrieb der Deponie regelkonform läuft.“ sagt Dr. Weber weiter.

„Auch die Frage zu der Mengengrenzung insbesondere bei den gefährlichen Abfällen bleibt bis zum heutigen Tage unbeantwortet.“ sagt Robert Kindl, weiterer BI-Sprecher. „Diese Antwort ist für uns essenziell, da die Entsorgungsbetriebe sonst unserer Ansicht nach unbegrenzt gefährlichen Abfällen in den Steinbruch einlagern können. Es ist ein Unterschied, ob nur schwach belastete Abfälle oder die gefährlichen teuren Abfälle abgelagert werden. Wir haben die Vermutung, dass im Grunde der DK II Abschnitt nach Inbetriebnahme weiter an das Wohngebiet heranrückt, da hierfür die gleiche Basis wie für den DK I-Abschnitt geschaffen wird.“ erläutert Robert Kindl, denn 2015 hatte der Leiter der Entsorgungsbetriebe, Hermann Winkel im Rahmen von Infoveranstaltungen gesagt, dass „nur die Fläche an den westlichen Steilwänden für eine DK II stabil genug ist“.

Für die BI stellen sich die Fragen: Warum wollen die Stadt und die Entsorgungsbetriebe die Anwohner so vielen gefährlichen Stoffen aussetzen? Wann wird auf die offenen Fragen geantwortet? Warum akzeptiert das ausgerechnet eine grüne Umweltdezernentin Katrin Eder?

Zurzeit plant die Stadt Mainz eine Sonderabfalldeponie für die Deponieklassen I und II im Steinbruch Mainz-Laubenheim zu errichten. Die BI lehnt die Deponie weiter strikt ab. Wir möchten die dort lebenden Menschen und die dortige Umwelt keinen zusätzlichen, nicht kalkulierbaren Risiken ausgesetzt wissen. Daher bestehen wir auf einer Verfüllung des Steinbruchs mit unbelastetem Erdaushub wie ursprünglich von der Stadt gegenüber der HeidelbergCement gefordert und genehmigt bzw. den Steinbruch direkt in ein Naherholungsgebiet zu verwandeln.



Datum: 24.04.2021

Zeichen: MW

**Anschrift**  
Martin Wilitzki  
Dora-Scherf-Str. 38  
55130 Mainz

Telefon 0151/ 230 710 87

E-Mail: [martin.wilitzki@web.de](mailto:martin.wilitzki@web.de)

**Homepage:**  
<http://www.mainz21.de>